

Franziska Giffey empfängt in ihrem Büro im Rathaus Berlin-Neukölln. Draußen heulen die Sirenen von Krankenwagen und Polizeiautos. „Neuköllner Untergrundmusik“, sagt Giffey und lacht. Der Bezirk gilt immer noch als einer der sozial schwächsten der Hauptstadt: von 328.000 Einwohnern sind 78.000 Kunden des Jobcenters. Organisierte Kriminalität ist ein großes Thema. Knapp jeder siebte Jugendliche verlässt hier die Schule ohne Abschluss. Seit 2015 ist Franziska Giffey Bürgermeisterin von Neukölln.

VON CARLA BAUM

DIE WELT: An vielen Neuköllner Schulen laufen Projekte, die verhindern sollen, dass Jugendliche sich islamistisch radikalisiert. Kommt Ihnen das Thema Prävention in der bundespolitischen Debatte nach dem Berliner Terroranschlag zu kurz?

FRANZISKA GIFFEY: Die aktuelle Sicherheitsdebatte ist absolut nachvollziehbar. Wenn ich mit Menschen hier vor Ort spreche, merke ich, dass ihnen die Themen innere Sicherheit und Ordnung oft an erster Stelle auf der Seele brennen. Trotzdem ist natürlich hier, in einem Bezirk mit über 60.000 Muslimen, das Thema Prävention viel regulärer und alltäglicher als die akuten Sicherheitsvorkehrungen, die derzeit diskutiert werden. In Erziehungs- und Bildungseinrichtungen haben wir mit Präventionsprojekten gute Erfahrungen gemacht.

Inwiefern hat das System Schule einen Einfluss darauf, ob sich Jugendliche dem Islamismus zuwenden oder nicht?

Ein gutes, staatliches Bildungssystem, das mit einer guten frühkindlichen Erziehung anfängt, ist meiner Meinung nach die beste Prävention. Die Kinder, die jetzt in die Schule kommen, müssen eine Lebensperspektive haben und Vorbilder, die es selbst mit Migrationshintergrund zu etwas gebracht haben. Hier in Neukölln ist das nicht selbstverständlich: Am Anfang der ersten Klassen haben 60 Prozent der Kinder Entwicklungsverzögerungen und 40 Prozent Sprachstörungen. Diese Kinder haben schlechtere Startchancen. Das zieht sich durch bis zum Ende der Schullaufbahn, sodass es um die 15 Prozent gibt, die die Schule ohne Abschluss verlassen.

Sind diese „Bildungsverlierer“ besonders gefährdet für radikale Strukturen?

Definitiv. Es sind oft die Jugendlichen, die wir an Kriminelle oder Radikale verlieren, die von Anfang an durch jedes Raster gefallen sind. Gefährlich ist die Kombination aus der Erfahrung, nirgends wirklich dazugehören, und dem



Bezirksbürgermeisterin Franziska Giffey beschreibt ihren Vorgänger Heinz Buschkowsky als Vorbild

„Es muss klare Grenzen geben“

Franziska Giffey (SPD) ist Bürgermeisterin im Berliner Bezirk Neukölln. Ein Gespräch über die Verantwortung von Schulen und Moscheen im Kampf gegen Islamismus

ständigen Konflikt, zwischen zwei Wertesystemen aufzuwachsen, dem islamisch-konservativen und dem westlichen. Wenn es Organisationen gibt, die genau das auffangen, den Frust und die Suche nach Orientierung, ist die Gefahr einer Radikalisierung sehr groß. Die jungen Leute fragen sich: Wie soll ich leben? Und in so einer Situation kommt dann jemand, der ihnen das Gefühl vermittelt: Hier bist du ein Teil der Gemeinschaft, wir nehmen dich, wie du bist.

Ein Großteil der Freizeit muslimisch aufwachsender Jugendlicher spielt sich in den Moscheen ab. Inwiefern sehen Sie diese in der Pflicht, selbst Präventionsarbeit zu leisten?

Die Moscheen haben da eine riesige Verantwortung. Wir haben 20 Moscheen hier im Bezirk. Viele von ihnen haben Tausende Besucher pro Woche. Alle haben eine Kinder- und Jugendarbeit. Es ist von immenser Bedeutung, welche Werte dort vermittelt werden. Ich war beispielsweise vor Kurzem an einer Moschee zu Besuch, da wurde uns gesagt: Die Mütter kennen ihre Kinder doch am besten, dann wissen sie auch, welcher Ehepartner gut für sie ist. Leider ist unser Einfluss darauf, was dort vermittelt wird, sehr gering. Privatrechtlich sind das Vereine. Wir als Staat haben auf die Inhalte kein Durchgriffsrecht. Es sei denn, wir haben konkrete Hinweise darauf, dass Grenzen überschritten werden.

Zur Person

Franziska Giffey wurde 1978 in Frankfurt (Oder) geboren. Nach einem Studium zur Verwaltungswirtin arbeitete sie 2002 bis 2010 als Europabeauftragte des Berliner Bezirks Neukölln. 2005 promovierte sie im Fach Politikwissenschaft. Seit 2014 ist sie Kreisvorsitzende der SPD Neukölln. 2015 wurde sie zur Bezirksbürgermeisterin gewählt – als Nachfolgerin von Heinz Buschkowsky (SPD), den sie als ihr politisches Vorbild beschreibt.

Wo liegen diese Grenzen?

Dort, wo demokratische Rechte verletzt werden. Das ist zum Beispiel bei Hasspredigten der Fall, bei Hetze gegen Anders- und Ungläubige. Wenn es nachweisbar ist, dass da solche Dinge stattfinden, dann müssen die Moscheen verboten werden. Da ist noch nie durchgezogen worden. Aber wenn genügend gegen sie vorliegt, muss es geschehen. Dabei geht es auch darum, ein Signal zu setzen und zu zeigen: Wir tolerieren nicht alles.

Gibt es in Neukölln Moscheen, bei denen Sie konkrete Hinweise auf Überschreitungen haben?

Ja, hier gibt es die Al-Nur-Moschee, die als salafistisches Zentrum gilt. Wir wissen, dass dort Hasspredigten gelaufen sind. Deshalb haben wir im Februar 2015 in der Bezirksverordnetenversammlung entschieden, uns an die Senatsverwaltung für Inneres zu richten und einen Prüfantrag für diese Moschee zu stellen – mit der Konsequenz, sie im Fall der Fälle auch schließen zu lassen. Diese Prüfung läuft seit zwei Jahren. Der ehemalige Innensenator Frank Henkel hat das liegen lassen. An den neuen Senator Andreas Geisel habe ich geschrieben und ihn gebeten, die Prüfung noch einmal aufzunehmen. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte, in der es ja darum geht, sich in Zukunft solche Moscheen genau anzusehen und Grenzüberschreitungen entschieden entgegenzutreten.

Vergangenen Sommer besuchten Sie die Dar-as-Salam-Moschee, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt ist, weil sie Verbindungen zur Muslimbrüderschaft haben soll. Dafür wurden Sie heftig kritisiert – auch von Ihrem Vorgänger Heinz Buschkowsky. Warum fordern Sie für die eine zweifelhafte Moschee ein mögliches Verbot, setzen bei der anderen aber auf Dialog?

Bei der Dar-as-Salam-Moschee haben wir keine Hinweise auf Straftaten. Im Gegenteil, in der Neuköllner Begegnungsstätte, in der ich zu Besuch war, ist der Imam mit dem Verdienstorden des Landes Berlin ausgezeichnet worden. Etwa für sein Engagement, die Demokratiebildung in der Moschee zu fördern und die Stolpersteinverlegung vor der Moschee zum Gedenken an die jüdischen Opfer. Er hat dort pro Woche bis zu 4000 Besucher. Da sind auch Leute dabei, die sich nicht im Sinne einer freiheitlichen Demokratie orientieren. Da verstehe ich, dass der Verfassungsschutz das beobachtet. Die Frage für mich ist aber, wie verhält sich der Vorstand? Und der distanziert sich von diesen Leuten. Deshalb ist es mir wichtig, hier im Gespräch zu bleiben und zu wissen, was vor Ort passiert, um mir selbst ein Bild zu machen.